

Rede von Oberbürgermeister Martin Hebich zur Drucksache XVII/0605: Resolution des Stadtrates für Demokratie und kommunale Selbstverwaltung

Meine Damen und Herren,

die kommunale Selbstverwaltung, die bereits Charakteristikum der griechischen Polis und der mittelalterlichen Städtefreiheit war und in der Städteordnung des Freiherrn vom Stein vom 19. November 1808 so prägnant ihren Ausdruck gefunden hat, gehört zu den elementaren Verfassungsmaximen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie ist Garant für die Freiheit unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Sie ist das Fundament, ohne das unser gesamtes politisches System nicht funktionieren kann.

Die Städte sind jeher die Orte gewesen, in denen der Einzelne am unmittelbarsten mit öffentlichen Angelegenheiten konfrontiert wurde. Sie sind „Schule der Demokratie“ und zeichnen sich durch räumliche, sachliche, soziale und emotionale Nähe zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, der Politik und der Verwaltung aus. Nirgendwo haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, unmittelbarer auf die Lebensbedingungen in ihrem Umfeld und die Strukturen ihres Zusammenlebens Einfluss zu nehmen, nirgendwo sind Eigenverantwortlichkeit und Engagementbereitschaft größer als in den Städten.

Darüber hinaus nehmen Städte eine wichtige Funktion für das Umland wahr, insbesondere in Bereichen Wirtschaft, Bildung, Kultur und Verkehr. Dies gilt in ganz besonderem Maße auch für Frankenthal, eine Stadt, die in ihrer über 1200-jährigen Geschichte stets wichtiger Wirtschaftsstandort, kultureller Mittelpunkt und urbanes Zentrum für die gesamte Region war. Heute ist Frankenthal, Heimat von fast 49.000 Einwohnern, ein florierendes, weltoffenes Mittelzentrum, nach wie vor ein wichtiger Industriestandort, Schulstadt, Dienstleistungszentrum und zentraler Justizstandort mit wichtigen Aufgaben für das Umland.

Frankenthal erhielt am 1. März 1920 – das Datum jährt sich am kommenden Sonntag zum 100. Male – die Kreisfreiheit. Damit wurde die Stadt aus den Verwaltungsstrukturen des Bezirksamtes, wie die Landkreise damals hießen, herausgelöst und erhielt zahlreiche neue Aufgaben. Zurecht wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die kreisfreie Stadt, in der alle kommunalen Entscheidungen aus einer Hand getroffen werden, der „Idealtypus“ der Gemeinde und der kommunalen Selbstverwaltung und Selbstverantwortlichkeit ist.

Gerade angesichts des ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Wandels, der unsere Gesellschaft seit Jahren prägt, wird immer deutlicher, wie wichtig das Funktionieren einer bürgernahen kommunalen Politik ist.

Kommunale Selbstverwaltung muss deshalb nicht nur in ihrem Bestand erhalten bleiben, sie muss vielmehr gestärkt und ausgebaut werden und darf nicht geschwächt werden. Sie darf nicht durch immer mehr Richtlinien, Rahmensetzungen und finanzielle Abhängigkeiten und Belastungen zum bloßen Ausführungsorgan staatlicher Entscheidungen degradiert werden.

Eine Aufgabenverlagerung weg von der Stadt auf andere Ebenen und damit eine Einschränkung der Selbstverwaltung und der unmittelbaren Mitbestimmung der Menschen würde, dessen bin ich mir sicher und das haben wir auch in unserer Resolution im vergangenen Dezember zum Ausdruck gebracht, zu einer gefährlichen Schwächung einer oft über Generationen gewachsenen und Demokratie fördernden Identifikation der Menschen mit ihrer Umwelt und zu einer weiteren Entfremdung von der Politik führen – Tendenzen, die wir auf jeden Fall vermeiden müssen.

Wir lehnen daher – ich betone es an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich – eine Eingemeindung oder Einkreisung Frankenthals kategorisch und mit Entschiedenheit ab.

Der Städtetag Rheinland-Pfalz fordert in der Resolution, die Ihnen als Stadtratsdrucksache Nr. XVII/0605 vorliegt:

1. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die Förderung der Städte als Zentren des Landes, damit diese auch ihre wichtigen Funktionen für das Umland weiterhin erfüllen können.
2. Die Beachtung des Bürgerwillens und den Verzicht von Kommunalreformen gegen die Bürgerinnen und Bürger. Und
3. Die Förderung und Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit und sinnvoller interkommunaler Initiativen.

Meine Damen und Herren,

die Verwaltung bittet Sie, dieser Resolution zuzustimmen.